



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 07.11.2012, 17:02 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Umgestaltung des Synagogenplatzes

Vorl.Nr. 465/12

---

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung zur Umgestaltung des Synagogenplatzes auf der Basis der gemeinsam erarbeiteten Vorgaben vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** erinnert an das durchgeführte Verfahren zur Umgestaltung des Synagogenplatzes, welches eine intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger enthalten habe. Er betont, dass Ludwigsburg eine der wenigen Städte mit einem Synagogenplatz sei. In erster Linie sei ein Aufgreifen des Themas „Erinnern und Gedenken“ und nicht die Platzgestaltung maßgebend.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) verweist auf die Vorl. Nr. 465/12. Diese Beschlussvorlage enthalte auch die Vorschläge der gemeinsamen Arbeitsgruppe, siehe Seite 2 der Vorl. Nr. 465/12.

Stadträtin **Kreiser** bedankt sich bei dem Arbeitskreis und bei Denjenigen, die Vorschläge eingereicht hätten. Ihre Fraktion könne eine Neugestaltung des Synagogenplatzes unterstützen und sie mit den derzeitigen Planungen generell sehr zufrieden. Sie regt an, dass ein Teil der Umgestaltung, z. B. die Aufstellung der Koffer, eventuell über Sponsoring finanziert werden könne. Weiter plädiert sie dafür, dass auch die baulichen Mängel auf dem Platz beseitigt werden sollten.

Stadtrat **von Stackelberg** erklärt, dass er froh sei, dass der Platz nicht überbaut worden sei. Der Synagogenplatz müsse weiterhin an die Vergangenheit erinnern. Er bedankt sich ebenfalls bei der gemeinsamen Arbeitsgruppe, der Verwaltung und allen Beteiligten. Er ist der Ansicht, dass dieses Thema besser im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werden sollte. Seine Fraktion werde den Vorschlag gerne unterstützen.



### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend:     Stadtrat Seybold  
                          Stadtrat Dr. Bohn

### **Beratungsverlauf:**

Nachdem das Gremium auf einen Sachvortrag seitens der Verwaltung verzichtet, erklären die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales, dass sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gerne zustimmen könnten. Die Stadträte bedanken sich insbesondere bei dem Verein Frauen für Frauen e. V. und bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich bei der Interventionsstelle engagieren. Darüber hinaus loben sie die gute Zusammenarbeit mit der Polizei und den anderen Kreiskommunen.

Sodann lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 439/12 abstimmen.

### **TOP 3                            Bildung und Betreuung - Ausbau Ganztagsbetreuung                                       an Ludwigsburger Grundschulen                                       - Mündlicher Bericht**

---

### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** erklärt, dass heute lediglich eine Vorinformation über die Vorstellungen der Verwaltung erfolgen werde. Eine weitere Beratung dieser Thematik mit schriftlicher Vorlage erfolge in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 28.11.2012.

Frau **Schmetz** und Frau **Piepkorn** (beide FB Bildung, Familie, Sport) schildern anhand einer Präsentation die Überlegungen der Verwaltung zum Ausbau der Ganztagsbetreuung an Ludwigsburger Grundschulen. Dabei gehen sie insbesondere auf die folgenden Aspekte ein:

- Schulkind- und Ferienbetreuung Schuljahr 2012/13
- Verbesserungsvorschläge von Seiten der Eltern
- Neukonzeption der Ferienbetreuung
- Flexibilisierung und Vereinheitlichung der Elternbeiträge
- Übersicht über die gültigen Elternbeiträge pro Monat
- geplante Änderungen der Beiträge ab 01.01.2013
- Kostendeckend kalkulierte Elternbeiträge

Frau **Schmetz** sagt zu, dass die Stadträte die aufgezeigte Tabelle zur geplanten Anpassung der Elternbeiträge erhalten werden.

EBM **Seigfried** führt aus, dass die Wünsche der Eltern bei der Erarbeitung der Vorschläge berücksichtigt worden seien. Eine Änderung der Elternbeiträge sei notwendig und sollte wenn möglich schon zum 01.01.2013 umgesetzt werden.

Stadtrat **Dr. Vierling** betont, dass der Ausbau der Ganztagesbetreuung an Grundschulen ein wichtiges Thema sei. Bezüglich der Qualität der Betreuung müssten gewisse Standards definiert

werden. Einer Anpassung der Beiträge könne er nicht zustimmen, sofern diese die Eltern mehr belasten würden. In derart wichtigen Bereichen wie der Kinderbetreuung könne Kostendeckung kein Kriterium darstellen.

Stadtrat **Meyer** schlägt vor, dass auch die Angebote für Eltern erweitert werden sollten. In der schriftlichen Vorlage sollte die Verwaltung die Abwicklung einer möglichen Änderung der Beiträge darstellen. Bei der Ferienbetreuung müsse das städtische Angebot mit anderen Anbietern, z. B. CVJM, Sportvereine, verglichen werden.

Stadträtin **Moersch** begrüßt den vorgeschlagenen Weg, welcher mehr Transparenz schaffen könne und einen besseren Überblick für die Eltern ermögliche. Darüber hinaus könne die Kinderbetreuung flexibler eingesetzt werden.

Stadtrat **von Stackelberg** könne den Vorschlag der Verwaltung unterstützen, da damit mehr Gerechtigkeit, Flexibilität und Transparenz geschaffen werden könne. Er möchte noch wissen, wer Träger der Betreuung sei bzw. ob vermehrt auch private Träger eingesetzt werden sollen. Er unterstreicht, dass, vor allem bei der Ferienbetreuung, Bewegungsmöglichkeiten angeboten werden sollten.

Stadtrat **Heer** bewertet das vorgestellte Konzept positiv. Es sei verständlich, dass die Finanzierung der Ganztagesbetreuung teilweise über die Eltern erfolgen müsse. Bezüglich der Essensversorgung und des Kostendeckungsgrad bittet er um weitere Ausführungen seitens der Verwaltung.

Stadtrat **Kromer** unterstreicht, dass die Qualität des Essens so gut sein müsse, damit eine gesunde Ernährung gewährleistet werde. Dies dürfe nicht an der Kostenfrage scheitern.

**TOP 4**

**Rahmenbedingungen für Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen**

**Vorl.Nr. 451/12**

---

#### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl. Nr. 451/12 und erinnert an die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 26.09.2012.

Stadtrat **Meyer** gibt an, dass das Gremium den Wunsch geäußert habe, einen Rahmen für die Ganztagesbetreuung festzulegen. Seine Fraktion sei mit den vorgeschlagenen Rahmenbedingungen einverstanden. Allerdings würden in der Vorlage Zukunftsperspektiven, z. B. eine Erweiterung auf andere Schulen, fehlen. Darüber hinaus sollte die Verwaltung auch mögliche Synergieeffekte zwischen den Schulen untersuchen.

Stadtrat **von Stackelberg** bedankt sich für die sehr gute Vorlage der Verwaltung. Er halte es für richtig, dass sich die Stadtverwaltung an den Vorgaben des Landes orientiere. Allerdings möchte er anmerken, dass die Vorgabe von maximal 5 Unterrichtsstunden am Vormittag zu Engpässen beim Mittagessen führen könne. Er betont, dass auch der Westen und Osten der Stadt berücksichtigt werden müsse. Es sei klar, dass der Ausbau der Ganztagesbetreuung mit entsprechenden Kosten verbunden sei. Bei den benötigten Räumen müssten Synergien gesucht werden. Eventuell müsse die Thematik nochmals z. B. im Rahmen einer Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales beraten werden.

Stadträtin **Moersch** stellt klar, dass bei einem Ausbau der Ganztagesbetreuung auch eine entsprechende finanzielle Beteiligung der Eltern erforderlich sei. Allerdings seien auch

Entlastungen für sozial schwache Familien erforderlich. Für den Campus müsse ein gutes gemeinsames Konzept entwickelt werden. Zwischen den einzelnen Schulen, z. B. auch zwischen den Schulen des Bildungszentrums West, sei eine gute Vernetzung erforderlich.

Stadtrat **Dr. Vierling** erklärt, dass seine Fraktion der Meinung sei, dass die Ganztageszüge des Friedrich-Schiller- sowie des Goethe-Gymnasiums den Rahmenbedingungen entsprechen würden. Er bringt vor, dass die Zügigkeit von dem Anmeldeverhalten abhängig sei. Deswegen könne die Stadt nicht festlegen, dass die Zügigkeit der Schulen nicht verändert werden solle. Außerdem interessiert ihn, ob die 25.000 Euro für die personelle Unterstützung des Ganztages aus Sicht der Schulen auskömmlich seien.

Stadtrat **Heer** hebt hervor, dass der Ausbau der Ganztagesbetreuung notwendig sei. Er plädiert dafür, dass die Ganztagesbetreuung an Gymnasien in gleicher Höhe bezuschusst werde wie die Ganztagesbetreuung an Gemeinschaftsschulen.

EBM **Seigfried** fasst die Wortmeldungen aus der Mitte des Gremiums dahingehend zusammen, dass die Rahmenbedingungen grundsätzlich in Ordnung seien.

**TOP 5**

**Antrag auf Schulzeitstreckung zur Förderung sportbegabter Schülerinnen und Schüler am Otto-Hahn-Gymnasium ab dem Schuljahr 2013/2014**

**Vorl.Nr. 474/12**

---

#### **Empfehlungsbeschluss:**

Dem Antrag des Otto-Hahn-Gymnasiums auf Schulzeitstreckung zur Förderung sportbegabter Schülerinnen und Schüler ab Schuljahr 2013/2014 (Ludwigsburger Modell zur Schulzeitstreckung) wird zugestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig/mehrheitlich angenommen/abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

#### **Beratungsverlauf:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales verzichten einmütig auf einen Sachvortrag seitens der Verwaltung.

Stadträtin **Kopf** bewertet die Vorlage, insbesondere die Konzeption der Fachschaft Sport, sehr gut. Aufgrund des Umfangs der Stundenpläne sei der Antrag auf Schulzeitstreckung nachvollziehbar. Sie erinnert daran, dass die Schulzeitstreckung der Sportbegabtenklasse des Otto-Hahn-Gymnasiums bereits Bestandteil des Schulentwicklungsplans gewesen sei. Ihre Fraktion werde der Vorlage gerne zustimmen. Darüber hinaus würde sie interessieren, wie die Vernetzung der Sportbegabtenklasse mit der Realschule und dem Internat aussehen werde.

Stadtrat von **Stackelberg** weist darauf hin, dass eine höhere Belastung der G8-Schüler nicht nur bei der Sportbegabtenklasse vorliege. Die vorgeschlagene Schulzeitstreckung zur Förderung sportbegabter Schülerinnen und Schüler sei notwendig. Allerdings hätten auch Schülerinnen und Schüler der Werkrealschulen das gleiche Problem bei einer Verdichtung des Schulalltags. Er regt an, die Kriterien für eine Aufnahme in die Sportbegabtenklasse zu erweitern, damit mehr Schülerinnen und Schüler daran teilnehmen könnten. Seine Fraktion bedankt sich für den Vorschlag und werde diesem gerne zustimmen.

Stadträtin **Moersch** lobt die exzellente Anbindung des Otto-Hahn-Gymnasiums an das Internat. Sie und ihre Fraktion werden dem Beschlussvorschlag gerne zustimmen.

Stadträtin **Steinwand** ist der Meinung, dass das Otto-Hahn-Gymnasium das richtige Konzept erarbeitet habe. Das Thema könnte auch gut in eine Gemeinschaftsschule eingebunden werden. Sie hoffe, dass durch die Schulzeitstreckung auch eine höhere Belegung des Internats erreicht werden könne.

Stadtrat **Heer** werde den Vorschlag unterstützen, da dies der richtige Weg sei. Allerdings regt er an, dass auch Schülerinnen und Schüler in die Sportbegabtenklasse aufgenommen werden sollten, deren Leistungen nicht im Kaderbereich liegen.

Stadträtin **Lange** legt dar, dass sie dem Antrag auf Schulzeitstreckung gerne zustimmen könne.

Herr **Hilbert** und Frau **Metelka** (beide Otto-Hahn-Gymnasium) führen aus, dass es für Übergänge und Quereinsteiger sehr klare Regelungen gebe. Das Otto-Hahn-Gymnasium arbeite sehr eng mit der Gottlieb-Daimler-Realschule zusammen. Die vorgeschlagene Schulzeitstreckung ermögliche den Hochleistungssport der Schülerinnen und Schüler. Besonders wichtig sei es, dass die Schülerinnen und Schüler ganzheitlich begleitet werden. Die Sportbegabtenklasse sei ein zusätzliches Konzept des Otto-Hahn-Gymnasiums. Infolgedessen wird das Sportprofil auch weiterhin bestehen. Durch die Zustimmung zum Antrag auf Schulzeitstreckung werde ein Beitrag zur Sicherung des Internats geleistet.

Abschließend ruft EBM **Seigfried** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 474/12 auf.

## **TOP 6                      Antrag auf Errichtung eines Schulversuchs G9 am Mörike-Gymnasium - mündlicher Bericht**

---

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Hohloch** (Mörike-Gymnasium) stellt den gewünschten Schulversuch G9 dar. Nach dem erstellten Modell solle eine Streckung der Unter- und Mittelstufe erfolgen. In dem G9-Zug würden die Schuljahre der Klassen 5 bis 7 auf vier Schuljahre verteilt werden. Ab der Klasse 8 würden die Gruppen dann wieder zusammengeführt. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler könnten wählen zwischen dem G8-Zug und dem G9-Zug mit gestreckter Unter und Mittelstufe. Eine komplette Umstellung auf das neunjährige Gymnasium plane das Mörike-Gymnasium nicht.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die Entscheidung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 28.11.2012 getroffen werden soll. Davor erfolge eine weitere Beratung des Themas im erweiterten Schulbeirat am 20.11.2012.

Auf Nachfrage aus der Mitte des Gremiums führt Herr **Hohloch** aus, dass sich die Eltern bei der

Anmeldung entscheiden müssten, ob ihre Kinder den acht- oder neunjährigen Bildungsgang absolvieren sollen. Der Schulversuch G9 sei nach derzeitigen Kenntnissen kein Anschlussmodell zu Gemeinschaftsschulen. Dass die Eltern eine komplette Umstellung auf den neunjährigen Bildungsgang wünschen, werde nicht erwartet. Er sei zwar noch von dem achtjährigen Gymnasium überzeugt, für manche Schüler sei jedoch eine Streckung auf neun Schuljahre besser. Dadurch könne auch eine Individualisierung erreicht werden.